

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 220 B

BERLIN • Sonntag, den 18. September 1932

1. JAHRGANG



Durch Arbeitskampf zur Arbeiterregierung!

F. G. Unter der Parole „Durch Arbeitskampf zur Arbeiter-Regierung“ bringt der „Vorwärts“ vom Sonnabend einen langen Aufsatz von Otto Friedländer. Ein „anregender Beitrag zu einer Diskussion über die Aufgaben der Partei“ sagt die Redaktion in einer Vorbemerkung dazu.

Die Kernstelle dieses Aufsatzes lautet folgendermaßen: „Ist also die kommunistische politische Weisheit, weil sie von Moskau dirigiert wird und der deutschen Eigenart nicht gerecht zu werden vermag, abzulehnen und jedem von ihr gewollten Einheitsfrontmanöver, der schärfste Kampf anzuzusetzen, so ist doch der Gedanke einer Einheitsfront selbst so zeitgemäß und im tiefsten Sinne notwendig, daß die Sozialdemokratie ihre größte Aufgabe darin sehen muß, auch all jene Wählermassen, die heute noch dem Scheinradikalismus nachlaufen, eine lebendige politische Heimstätte zu bieten.“

Die Sozialdemokratie kann das um so eher tun, als die Erkenntnis, die leider noch nicht in alle Parteikreise gedrungen ist, daß das, was sich zur Zeit in Deutschland vollzieht, nicht nur ein „seltsames Zwischenspiel“ ist, sondern einen wirklichen Wendepunkt bedeutet, dazu führen muß, unsere Haltung gegenüber dem Staat neu festzulegen. Nicht aus dem Staate herauszulassen, das man gewissermaßen aus dem Staate herauszulassen trachtet und der Regierungsgewalt gegenüber reagiert mit einem knechteligen: „Betrifft mich nicht“, sondern der Kampf um die Eroberung der Staatsmacht muß geführt werden in der Erkenntnis, daß, wenn irgend möglich, auf dem Boden von Weimar, wenn er aber von anderen erschüttert sein sollte (Wir schlagen vor, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die am 9. November 1932 im Kyffhäuser bei Friedrich Barbarossa ihre Untersuchung beginnt. Bitte nicht die Bärte durch den Tisch wachsen lassen! F. G.) auf neuem Boden der Kampf um die ganze Macht der Arbeiterschaft geführt werden muß.

Es ist dabei nicht notwendig, daß es sich nur um die Herrschaft unserer eigenen Partei handle, auch Koalitionen mit anderen Gruppen sind möglich. Aber eines müssen wir als unveräußerliche Erkenntnis aus unseren historischen Erfahrungen erlangen haben: Regierungen können nur regieren, wenn ein einheitlicher Klassenwille gegenüber allen sozialen und wirtschaftlichen Fragen sie trägt! Der Klassenkampf im Kabinett ist der Todeskeim im Willensnerv einer jeden Regierung! Eine Arbeiterregierung, genauer gesagt, eine Regierung jener überwiegenden Teile der deutschen Bevölkerung, die zur Arbeiterschaft und Angestelltenschaft gehören, ist das Ziel, zu dessen Erreichung es nicht unbedingt der eigenen Mehrheit bedürft, die die Herrschaft erstreben, die aber auf keinen Fall gegen eine aktiv handelnde Mehrheit Andersdenkender regieren können. Die tiefste Weisheit der Demokratie heißt in diesem Sinne nicht: Mehrheit der Stimmen, sondern Mehrheit der Zustimmungen!

Es heißt dann weiter: „Die Regierung v. Papen hat durch ihre Notverordnungen gezeigt, wo das Feld unseres Kampfes liegt. Es liegt im täglichen Ringen um Lohn und Gehalt und um soziale Rechte.“

„Stärkste Heranziehung der Jugend zur Werbung und Agitation, aber auch zur verantwortlichen Führung der Partei.“

Diesem jüchtigen Leser, die bei all den nach Neuorientierung klingenden Worten („unsere Haltung gegenüber dem Staat neu festzulegen“) eine Neuorientierung der Sozialdemokratie erwarten, worden am Schluß ziemlich deutlich gewarnt, wenn gesagt wird, daß die Parole „Durch Arbeitskampf zur Arbeiterregierung“ „bei uns jung und alt als Parole nicht nur dieses Wahlkampfes, sondern als Wegweiser kommender Tage oint.“

Was hier vor sich geht, ist im Grunde nur eine Anpassung der Propaganda an die veränderten Umstände. Der Ruf Arbeiter-Regierung ist zunächst nicht ernst gemeint. Wir werden jetzt wahrscheinlich erleben, daß mit der Forderung „Arbeiter-Regierung“ derselbe Mißbrauch getrieben wird wie mit der Forderung „Einheitsfront“.

Im übrigen erinnern wir daran, daß Paul Lämmle in die Redaktion des „Vorwärts“ eingetreten ist. Sicherlich, damit dieser künftig besser den propagandistisch richtigen Ton trifft.

Wenn wir so vor Illusionen über eine Neuorientierung dringend warnen müssen, so kann unter Umständen der radikalere Ton der sozialdemokratischen Agitation und die von den Gewerkschaften angekündigte Führung von Lohnkämpfen gegen den Lohnabbau die KP zu einer vernünftigeren Einheitsfront-Politik geradezu zwingen. Denn wenn der von der KP bei der bevorstehenden Wahl oder bei der Werbung von Anhängern (versuchter neuer Vorstoß in den Betrieben und den Gewerkschaften) erwartete Ruck zu ihr hin ausbleibt, ja, wenn sie in der Isolierung verbleibt, in der sie sich

heute in Betrieb und Gewerkschaft befindet, dann kann sie nicht umhin, ihre Politik zu ändern, wenn sie nicht ein reines Agitationskomitee werden will.

Man kann heute schon sagen, die Kommunistische Partei ist bereits im Verzug, wenn der SPD-Block jetzt seine Propaganda auf eigenem Boden entfaltet. Dies um so mehr, wenn man beachtet, daß die KP bisher von Agitation und nicht von revolutionärer Arbeit gelebt hat und ihre Presse heute bereits weitgehend mundtot gemacht worden ist.

Aus ihrer Isolierung kann die KP heute noch unmittelbar herauskommen, wenn sie der SPD ein ehrliches Wahlbündnis

„Das Herantreten an die SPD und andere reformistische Massenorganisationen der Eisernen Front zur Durchführung gemeinsamer Demonstrationen, wie es vorübergehend in Berlin geschehen ist, war eine taktische Maßnahme, die auf der Überschätzung der revolutionären Reife der sozialdemokratischen Arbeiter und der Unterschätzung der Kraft unserer Partei zur Durchführung selbständiger Aktionen beruhte.“

Das Zentralkomitee hat schon in einem besonderen Rundschreiben darauf hingewiesen, daß die schematische Übertragung der Berliner Taktik unter allen Umständen zu vermeiden sei. Wir unterstreichen heute mit allem Nachdruck diese Feststellung.“

Wie polizeiliche Protokolle zustande kommen.

Ein Beitrag zur Anklagetechnik gegen Arbeiter.

Am 10. September fand vor der Großen Strafkammer des Landgerichts III in Berlin unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Crome eine Verhandlung gegen Schwalm und Genossen wegen schweren Landfriedensbruchs statt. Es handelte sich um angebliche Ueberfälle auf Nationalsozialisten anlässlich einer Haus- und Hofpropaganda. Die vier Angeklagten bestritten sämtlich die Schuld. Bei ihrer Vernehmung machte der Vorsitzende sie darauf aufmerksam, daß, um die Milde des Gerichts zu sichern, es doch angebracht wäre, die Schuld zugestehen, zumal im Vorverfahren auf der Polizei acht Nationalsozialisten sie einwandfrei erkannt hätten und danach mit einer Verurteilung zu rechnen wäre.

Die sodann vernommenen acht Nationalsozialisten erklärten übereinstimmend, daß sie ihre Belastungen im Vorverfahren nicht in der Hauptverhandlung wiederholen können. Alle erklärten übereinstimmend, es sei ihnen rätselhaft, wie derartige polizeiliche Protokolle zustande gekommen wären und alle erklärten, daß sie niemals den Angeklagten gegenübergestellt worden seien und auch bis zum Hauptverhandlungstermin ihnen die Namen der Angeklagten nicht bekannt waren. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß sie aber doch die Namen in den polizeilichen Protokollen einzeln angegeben und auch die Angeklagten einzeln belastet hätten, erklärten alle Zeugen, daß die polizeilichen Protokolle unmöglich richtig sein könnten und daß sie nicht verstehen könnten, wie derartige Protokolle zustande gekommen wären.

Die Staatsanwaltschaft, die doch sonst auf polizeiliche Protokolle nie etwas kommen läßt, erklärte in dem Plaidoyer ausdrücklich wörtlich:

„Bei dem Andrang auf den Polizeirevier ist es

nicht möglich, mit einer derartigen Genauigkeit Protokolle abzufassen, wie es erwünscht ist.“

Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Salinger, führte aus, daß

es höchst bedauerlich sei, daß die ganze Verhandlung nicht auf Wachsplatten hätte aufgenommen werden können, damit einmal mit Deutlichkeit bewiesen wird, wie polizeiliche Protokolle zustande kommen.

Er führte weiter aus, daß er sich in jedem Prozeß auf die Worte des amtierenden Staatsanwalts, gefallen am 10. September in der Sitzung Schwalm und Genossen, berufen würde, in der seitens kommunistischer Angeklagter der Einwand erhoben wurde, daß die Protokolle unzutreffend sind.

Das Gericht sprach nach kurzer Beratung sämtliche Angeklagte, darunter einen dem „Stahlhelm“ Nahestehenden, der zusammen mit den Kommunisten angegriffen haben solle (!), frei.

Der Vorsitzende führte in seiner Urteilsbegründung bezüglich der polizeilichen Protokolle wörtlich folgendes aus:

„Es durfte die Polizei derartige Protokolle niemals aufnehmen. Ich werde Gelegenheit nehmen, mich wegen dieser Protokolle mit dem Polizeipräsidenten in Verbindung zu setzen.“

Die Protokolle enthalten äußerst schwere bestimmte Beschuldigungen, ohne daß auch nur ein Körnchen Wahrheit dabei war. Es wurden Namen hineingesetzt, ohne daß die Zeugen wußten, ob es die Angeklagten waren, mit denen sie zu tun hatten. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß fast alle Zeugen etwas anderes ausgesagt haben.

Werner Salinger, Rechtsanwalt.

z. B. für die bevorstehende Wahl anbietet unter Zusicherung der Unterlassung eines unsachlichen Kampfes gegen die SPD. Am wirksamsten wäre die Aufstellung einer gemeinsamen Arbeiterliste. Das wäre zwar gegen die „Linie“ in beiden Lagern, aber eine Politik, wie sie der gesunde Menschenverstand heute fordert, — und nur danach haben wir unsere Anforderungen an die Politik der Parteien zu richten. Widerstände gilt es zu überwinden, nicht vor ihnen schon bei der Nennung der Aufgaben zu kapitulieren.

Von einer solchen Politik ist die KP leider noch entfernt, wie ihr neuester Aufruf vom 15. September zeigt. Sie ruft zu einer neuen Einheitsfront-Aktion auf und wiederholt ihr bekanntes Angebot vom 25. April:

„Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen Unterdrückung und Faschismus zu kämpfen, gewillt ist, gemeinsam den Kampf aufzunehmen.“

Diesem ihren Einheitsfrontschwundel hat die KPD-Zentrale in ihrem Rundschreiben Nr. 14 vom 14. Juli 1932 selber entlarvt, in dem sie von dem Angebot abrückt, das ihre Berliner Bezirksleitung an den Bezirksverband der SPD zwecks gemeinsamer Demonstration gemacht hatte:

„Die Partei erklärte Vereinbarungen über die Veranstaltung gemeinsamer Demonstrationen von SPD und KPD für unzulässig. Solche Vereinbarungen führen zur Verwischung des prinzipiellen Gegensatzes zwischen unserer Partei und der Partei des Sozialfaschismus.“

Die SPD ist und wird bleiben eine reformistische bürgerliche Arbeiterpartei. Klassenbewußte Arbeiter werden sich mit ihrer Forderung, zur Lösung der Arbeiterbewegung aus ihrer heutigen Machtlosigkeit in erster Linie an die KP halten, die auch tatsächlich den Schlüssel zur Lösung besitzt, der in der Aufhebung der RGO-Politik und einer ehrlichen Einheitsfrontpolitik von „unten“ und von „oben“ besteht.

Die Lage ist heute so, daß die KPD, die stets von Massendruck spricht, selber unter Druck gesetzt werden muß. Es würde sicherlich nicht ohne Eindruck sein, wenn, wie ein Arbeiter uns in einem temperamentvollen Aufruf schreibt: die Arbeiter sich besinnen würden, daß es drei Büros gibt — Gewerkschaft, SP und KP —, zu denen ein Massenbesuch zu unternehmen dringend nötig ist, um diese Herrschaften unter Druck zu setzen.

Wir sind auch dieser Meinung, um die Einheitsfront zu erzwingen, sollte kein Mittel unversucht bleiben.

Zinsensenkung in Frankreich.

Ein Auftakt zur Konjunkturbelebung?

H. M. Nachdem die Konversion der englischen Kriegaanleihe mit überraschend großem Erfolg durchgeführt worden ist, geht nun auch die französische Regierung daran, dem englischen Beispiel zu folgen. Am Freitag fand die erste Sondersitzung der Kammer statt, die zur Erledigung der Konversions-Vorlage einberufen worden war.

Für sämtliche Staatsanleihen, die zwischen 1915 und 1928 herausgegeben worden sind, in Höhe von 85 Milliarden Francs (14 Milliarden Mark), soll der Zinsfuß von 5 bis 7 auf 4,5 Prozent gesenkt werden.

In England war die konvertierte Summe doppelt so hoch; jedoch stellt auch der französische Plan mit 14 Milliarden Mark ein großes Unternehmen dar. Die Regierung schätzt, daß sie dadurch 1,3 Milliarden Francs (215 Millionen Mark) jährlich spart.

Aber nicht nur der Wunsch, das Budget zu entlasten, hat die Regierung dazu veranlaßt, die Konversion vorzunehmen. Der französische Finanzminister, Germain-Martin, führte in seiner Kammerrede am Freitag aus, daß augenblicklich 94 Milliarden Francs ungenutzt in den Sparkassen lägen, während viele industrielle Unternehmungen Auslandsanleihen zu niedrigerem Zinsfuß, als er in Frankreich üblich ist, aufgenommen hätten. Eine Herabsetzung der für Staatsanleihen gezahlten Zinsen würde zu einer allgemeinen Zinsensenkung führen. Dann würde französisches Geld nicht mehr so viel teurer sein als ausländisches und würde daher besser ausgenutzt werden.

Vor einer Gefahr hatte die Regierung sich aber zu schützen: ein beträchtlicher Teil der Staatsanleihe befindet sich in Händen von Kleinbürgern, die ja bekanntlich sehr besorgt sind um das Schicksal ihrer Ersparnisse und sehr dazu neigen, sie in Geldform in den Strumpf zu stecken, wenn sie befürchten, daß ihre Ersparnisse sonst verloren gehen könnten. Um diesen Kreisen Vertrauen einzuflößen, hat die Regierung für Kleinrentner, die über 60 Jahre alt sind und keine Einkommensteuer zahlen, besondere Vergünstigungen vorgesehen. Soweit diese Rentner ihre Staatspapiere vor dem 30. November 1920 erworben haben, werden sie zum Kurse von 110 Prozent ihres Nennwertes zurückgekauft und gegen Lebensrenten in entsprechender Höhe eingetauscht. Diese Umwandlung ergibt eine Verzinsung von 11,3 bis 27,2 Prozent, je nach dem Alter des Empfängers.

Den Besitzern von Staatsanleihen wird eine Frist von nur sechs Tagen gewährt, in der sie ihre Papiere der Regierung zurückverkaufen können. Die für solche Rückkäufe nötigen Mittel will die Regierung sich erstens aus der Tilgungskasse, zweitens, wenn erforderlich, durch Ausgabe neuer Schatzscheine zum Zinsfuß von 4,5 Prozent verschaffen. Da nicht damit zu rechnen ist, daß ein beträchtlicher Teil der unter die Konvertierung fallenden Staatspapiere zurückgegeben wird, besteht keine große Gefahr, daß der Rücklauf zu einer starken Ausdehnung des Zahlungsmittelumschlages führen wird.

Die Regierung hat zu verschiedenen Vorsichtsmaßregeln gegriffen, um Börsenspekulationen während der Verhandlungen über den Gesetzentwurf zu verhindern. Vor Beginn der Kammer Sitzung wurde die Börse bis Montag geschlossen. Die Einzelheiten des Projekts wurden auch erst nach Eröffnung der Kammer bekannt. Indem Herriot die sofortige Annahme des Entwurfs zu einer Vertrauensfrage machte, übte er einen starken Druck auf die Kammer aus. Allerdings hat das Konversions-Projekt sehr wenige Gegner in der Kammer: nur die äußerste Rechte und die Kommunisten stimmen — wohl aus Gewohnheit — dagegen. Das Gesetz wird nun mit großer Hast durch die Kammer gejagt — in England nennt man das sehr treffend das „Guillotine-Verfahren“. Noch am Freitag nachmittag fand die erste Lesung im Senat und in der Kammer statt, dann trat sofort der Finanzausschuß der Kammer zusammen und billigte den Entwurf, dann fand eine Nachsitzung der Kammer statt. Ein Antrag des nationalistischen Führers Marin, der die Ablehnung des Gesetzes forderte, weil die Kleinrentner, die schon durch die Entwertung des Francs große Verluste zu tragen hatten, nicht genügend Vergünstigungen erhielten, weil außerdem die Gefahr einer Inflation bestünde, wurde mit 525 gegen 65 Stimmen abgelehnt. Mit einer ähnlichen Mehrheit wird das Gesetz wohl angenommen werden.

Welche Bedeutung hat das Gesetz für die Ueberwindung der Wirtschaftskrise?

Eine Herabsetzung der Zinsen ist an sich für die Ankurbelung der Wirtschaft günstig, da sie für viele Unternehmungen eine Verminderung der Produktionskosten bedeutet. Sie ist besonders günstig, wenn auch die Zinsen für langfristige Kredite herabgesetzt werden.

Aber den Anreiz zur Ausdehnung der Produktion, der durch die Herabsetzung der Zinsen gegeben wird, hat an sich keinen Wert, ja, er kann sogar gefährlich werden, wenn nicht

gleichzeitig eine Stärkung der Massenkaukraft erfolgt, sodaß die produzierten Güter nachher auch gekauft werden können.

Eine Vergrößerung der Massenkaukraft wird erreicht durch die Vergünstigung, die die Kleinrentner erhalten. In welchem Maße sie wirken wird, kann erst beurteilt werden, wenn man weiß, wie groß der Teil der zu konvertierenden Papiere ist, der sich in den Händen solcher Kleinrentner befindet, auf die diese Vergünstigungen Anwendung finden. Andererseits verlieren durch die Herabsetzung der Zinsen viele kleinen Sparer, die ihr Geld zum größten Teil für Verbrauchsgüter ausgeben, an Kaukraft. Daß das neue Gesetz selber eine bedeutende Stärkung der Massenkaukraft zur Folge haben wird, ist also keineswegs zu erwarten.

Es bestünde noch die Möglichkeit, daß die Regierung im Zusammenhang mit diesem Gesetz zu anderen Maßnahmen greift, die zu einer Stärkung der Massenkaukraft führen, die es also ermöglichen, daß die billiger produzierten Güter auch

Käufer finden. Wenn man die Erklärungen der Regierung hört, schwindet die Hoffnung auf derartige Maßnahmen. In mehreren Ministerreden sind kürzlich neue Steuern angekündigt worden; aus der Art, in der diese Ankündigungen gemacht wurden, geht klar hervor, daß die Steuern von den Arbeitern bezahlt werden sollen.

Allerdings muß noch in Rechnung gezogen werden, daß vor Einführung des neuen Gesetzes in Frankreich verschiedene Maßnahmen durchgeführt worden sind, die zu einer Stärkung der Massenkaukraft führten: die Erwerbslosenunterstützung ist auf eine größere Anzahl von Arbeitslosen ausgedehnt worden, und der Brotpreis ist gesenkt worden. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß angesichts dieser Stärkung der Massenkaukraft die Verbilligung der Produktionskosten durch die Herabsetzung der Zinsen wirklich einen Wendepunkt der Wirtschaftskrise in Frankreich bedeutet.

Die Kammer hat Sonnabend früh, nachdem sie die ganze Nacht getagt hatte, den Gesetzentwurf über die Konvertierung der Renten mit 540 gegen 48 Stimmen angenommen.

Die Wehrfrage in Genf und in Niederschlesien.

Die Absage an Henderson.

Der Brief, den die deutsche Regierung dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz überreichen ließ, hat den folgenden Wortlaut:

„Berlin, den 14. September 1932.

Herr Präsident!

Im Namen der deutschen Regierung beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen: In den Verhandlungen der Generalkommission, die der Annahme der Entschliebung vom 23. Juli d. J. vorausgingen, hat der Führer der deutschen Delegation die Gründe dargelegt, aus denen die deutsche Regierung diese Resolution ablehnen mußte.

Nachdem die Entschliebung gleichwohl zur Annahme gelangt ist, steht jetzt schon fest, daß die künftige Abrüstungskonvention weit hinter dem Entwaffnungsregime des Versailler Vertrages zurückbleibt. . . . Damit ist die Frage unmittelbar aktuell geworden, wie es mit der Anwendung des künftigen Regimes auf Deutschland werden soll. . . .

Nach Ansicht der deutschen Regierung kann nur eine Lösung in Betracht kommen, die Lösung nämlich, daß alle Staaten in Bezug auf die Abrüstung denselben Regeln und Grundsätzen unterworfen werden und daß für keinen Staat ein diskriminierendes Ausnahmeregime gilt. . . .

Um diese Voraussetzung für ihre weitere Mitarbeit in der Konferenz so schnell wie möglich zu verwirklichen, hat sich die deutsche Regierung inzwischen bemüht, eine Klärung der Frage der Gleichberechtigung auf diplomatischem Wege herbeizuführen. Leider muß festgestellt werden, daß die deutschen Bemühungen bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Unter diesen Umständen sehe ich mich zu meinem Bedauern genötigt, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die deutsche Regierung der Einladung zu der am 21. September beginnenden Tagung des Büros der Konferenz nicht Folge leisten kann.

Ein Jahr

Völkerbundsblamage.

Vor einem Jahr, in der Nacht vom 18. zum 19. September 1931, unternahmen die Japaner ihren Marsch auf Mukden. Der offiziell nie erklärte Krieg Japans mit China um die Hoheitsrechte in der Mandschurei hatte damit begonnen. Der Völkerbund versuchte, mit Vermittlungsaktionen den Frieden notdürftig wiederherzustellen, ohne jedoch Japan im geringsten zurückzuhalten, ja ohne auch nur die Ausdehnung der Kämpfe weit über die Mandschurei hinaus zu verhindern.

Vor wenigen Tagen hat Japan den neuen Staat Mandschukuo anerkannt und mit ihm ein Bündnis geschlossen, das den japanischen Interessen in der gewünschten Weise Rechnung trägt.

Damit hat Japan sich von neuem mit völliger Nichtachtung über den Völkerbund hinweggesetzt, dessen Bericht-erstatler in wenigen Wochen ihr Gutachten abgeben und damit dem Völkerbund die Grundlagen zu einem Urteil in der Mandschureifrage liefern sollten. Diesem Urteil ist nunmehr vorgegriffen — der Bericht des Untersuchungsausschusses hat damit praktisch seine Bedeutung vollständig verloren.

In Genf rechnet man damit, daß das Verhältnis Japans zum Völkerbund, das für alle Beteiligten unerträglich geworden ist, mit dem Austritt Japans gelöst wird. Damit würde zum ersten Male in der Geschichte des Völkerbundes eine ständige Ratsmacht, die nach dem Versailler Vertrag zu den Gründermächten des Völkerbundes gehört, aus dem

Die deutsche Regierung ist nach wie vor der Ueberzeugung, daß eine radikale Durchführung der allgemeinen Abrüstung im Interesse der Sicherung des Friedens dringend geboten ist. Sie wird die Arbeiten der Konferenz mit Interesse verfolgen und sich je nach ihrem Verlauf über ihr weiteres Verhalten schlüssig werden.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung

gez. Freiherr von Neurath."

Neuraths Schreiben hat in Moskau großes Aufsehen erregt. Aufgabe der Mächte sei es, Deutschland wieder heranzuziehen und die deutsche Gleichberechtigungsforderung zu erfüllen. Das Fehlen Deutschlands werde zu einem Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz führen, für den der französische Imperialismus die volle Verantwortung trage.

Schleicher bereitet den „Umbau“ vor.

In Niederschlesien finden zur Zeit Uebungen der 1. und 2. Kavalleriedivision der Reichswehr statt, die die großen Herbstmanöver vorbereiten sollen. Diese Uebungen sind bereits für eine „umgebaute“ Reichswehr angelegt. Die durch den Versailler Vertrag verbotenen Waffen werden zum Teil in Nachbildungen herangezogen, zum Teil durch verabredete Zeichen markiert. So werden die Tank-Abwehrgeschütze durch Holzkaponen z. B. gemimt, die gepanzerten Aufklärungsfahrzeuge durch gewöhnliche Kraftwagen mit Blechaufbau. Die fehlende schwere Artillerie wird durch Flaggen dargestellt, während die Einschüsse von feindlichen Fliegern der Truppe durch Schiedsrichtersignal bekanntgegeben werden.

Völkerbunds ausschelden, was für ihn einen schweren, nicht wieder gut zu machenden Verlust seines Ansehens bedeutet.

Die chinesische Zentralregierung hat beschlossen, eine Armee zur Wiedereroberung der Mandschurei aufzustellen. Die Führung im Kampf gegen Japan sollen Marschall Feng und General Jenseichan erhalten.

Erfolg des Boykotts oder Schikane der Boykottierten?

Der Vorstand der japanischen Textilunternehmungen teilte dem japanischen Finanzministerium mit, daß er durch den Boykott gezwungen sei, seine Fabriken in Schanghai stillzulegen. Da die Betriebe gefährdet seien, wurde Schutz durch japanisches Militär erbeten.

NS und Notwehr.

Der Wiener Gauleiter der NSDAP hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Wir proklamieren hiermit die Pflicht der Notwehr! Kein Parteiangehöriger darf einen Gegner angreifen. Dies würde seinen Ausschluß aus der Bewegung nach sich ziehen. Selbst aber angegriffen, hat er sich rücksichtslos zur Wehr zu setzen, sonst ist er nicht wert, ein Nationalsozialist zu sein. Auch die Gefahr einer Freiheitsstrafe bei Ueberschreitung der Notwehr wiegt gering gegen die Gefahr, sein Leben zu verlieren oder zum Krüppel zu werden.“

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Montag, 19. September, 20 Uhr, in den Casino-Festsälen, Pappelallee 15. Thema: „Arbeiterregierung statt Regierung der Barone.“ Redner: Maria Hödann.

Braunschweig: Mittwoch, 21. September, 20.15 Uhr, im Gasthof „Niedersachsen“, Ecke Südkilnt-Güldenstraße. Thema: „Der neueste Streich der Papen-Regierung! Wo bleibt die Abwehr der Arbeiterklasse?“

Frankfurt a. M.: Mittwoch, 21. September, 20.15 Uhr, im Volkshaus. Thema: Papen-Deutschland und der Weg sozialistischer Arbeiterpolitik.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Wirtschaftspolitische Aussprache.

Berlin: Dienstag, 20. September, 20 Uhr, im Luisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16. Thema: Papens Wirtschaftsprogramm und die Arbeiterschaft. Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. — Unkostenbeitrag: 30 Pf. Für Erwerbslose frei.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lipmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8. Tel.: 7 Jannowitz 8909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker und Verlags-GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Spanien schafft den Adel ab.

Die Deportation der spanischen Monarchisten.

Am vergangenen Sonntag begann der Transport der verhafteten aufständischen Monarchisten nach Cádiz, wo das Schiff „España num. 5“ zur Aufnahme der Herren Grafen, Herzöge und Marquisen, die in das gegenrevolutionäre Komplott verwickelt waren, bereit stand. Das Schiff wird die Verbannten nach Villa Cisneros am Rio de Oro in Afrika bringen, wo bis vor kurzem eine große Zahl Arbeiter festgehalten wurde. Einstweilen sind 69 Verhaftete auf dem Schiff untergebracht worden. Weitere Transporte aus verschiedenen Teilen Spaniens werden noch folgen.

Die Herren haben sich gehörig entrüstet, daß ihnen die gewohnten Bequemlichkeiten so weitgehend entzogen wurden. Sie mußten in einem Wagen dritter Klasse reisen, hatten keine Bedienten, die ihre Koffer getragen hätten, und fanden auch sonst keinen dienstwilligen Menschen. Einer weigerte sich, sein Gepäck zu tragen und verlangte einen Dienstmann. Auf seine Proteste wurde lakonisch erwidert, daß das Gepäck dann eben hier bleiben würde. Die Proteste setzten sich fort, als auf dem Schiff den Gefangenen ein Abendessen serviert wurde, wie es für Mannschaften üblich war. Sie glaubten auch, daß auf dem Schiff jeder seinen eigenen Schlafraum bekäme, während ihnen nur ein Massenlager zur Verfügung gestellt wurde.

Trotz dieser „Entbehrungen“ werden die monarchistischen Deportierten ein weitaus angenehmeres Leben führen, als seinerzeit die deportierten Arbeiter. Die Angehörigen der Gefangenen verfügen über ausreichende Geldmittel, mit denen man sich auch am Rio de Oro ein behaglicheres Leben verschaffen kann, als wenn man nur auf das angewiesen ist, was den Gefangenen von den Behörden geliefert wird. Diese Gefangenen haben eigene Wäsche, eine genügende Portion Arroganz und noch immer mächtige Freunde im Vaterland. Es hat aber glücklicher Weise nicht den Anschein, als ob die Regierung sich einschüchtern lassen würde.

Herzöge und Grafen bekommen keine Post.

Den Maßnahmen der spanischen Regierung gegen die monarchistischen Umtriebe entsprechend, hat die Postverwaltung in Madrid bekanntgegeben, daß Briefschaften, die in der Aufschrift Adelstitel enthalten, nicht zugestellt werden. Der Adel ist durch die Verfassung abgeschafft worden; die Post trägt dem Rechnung.

Wenn dies Freidenkern passiert wäre . . .!

In La Coruña in Spanien stürzte während der Messe das Dach der Kirche, die mit Gläubigen gefüllt war, ein. Dabei wurden 13 Personen, darunter 9 schwer, verletzt.

Französische Sozialisten für die internationale Einheitsfront.



S. H. Einen schönen Beweis für die Bereitschaft zur internationalen Solidarität hat die französische sozialistische Zeitung „Populaire“, das Blatt Léon Blums, gegeben, indem sie die Wehrdenkschrift der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit der folgenden Erklärung beantwortet hat, deren Text wir dem „Vorwärts“ ententnehmen:

„Die Kundgebung der deutschen Sozialdemokraten kommt unseren Reaktionen und Nationalisten ungelogen. Wie werden sie noch behaupten können, daß es nur ein Haupten können, daß es nur ein

Deutschland gibt, daß alle Deutschen ohne Unterschied Anhänger der Wiederaufrüstung sind. Auf dieses Schwoigen der Presse müssen wir antworten, indem wir überall die mutige Haltung unserer deutschen Kameraden zur Kenntnis bringen. Alle unsere Freunde, sowohl im Parlament wie in den Versammlungen und in der sozialistischen Presse, müssen die kapitalistischen Zeitungen an den Pranger stellen. Sie müssen der öffentlichen Meinung in Frankreich zeigen, daß französische und deutsche Sozialisten in der wichtigsten Frage der gegenwärtigen Stunde vollkommen einig sind. Wie wir, so verkünden die deutschen Sozialisten die Nichterfüllung des Versailler Vertrages durch seine Unterzeichner, wie wir, so erheben sie sich gegen die Tatsache, daß man Deutschland dauernd in untergeordneter Stellung lassen will, aber wie wir wenden sie sich auch gegen die Lüge von der Doktrin der Sicherheit, in deren Namen die französische Regierung die Abrüstung ablehnt und die deutsche Regierung ihr Recht auf Rüstungen fordert. In vollem Einvernehmen mit uns erklären sie, daß die Wiederaufrüstung Deutschlands nur der Anfang eines neuen Wettrüstens sein würde, und betonen, daß allein die Abrüstung die Sicherheit aller Länder garantieren und zur wahren Gleichberechtigung aller Mächte führen kann. Und wie wir, so werden die Sozialdemokraten von ihren Reaktionen und Nationalisten als Verräter behandelt. Nur ein kleiner Unterschied besteht zwischen beiden Parteien: wir stehen im Solde Deutschlands, während unsere deutschen Kameraden im Solde Frankreichs stehen! Gegenüber der entfesselten nationalistischen Meute in beiden Ländern bleiben die deutschen und französischen Sozialisten geeint gegen Wettrüsten, gegen Krieg und für Abrüstung und den Frieden.“

Wer die Ausführungen der deutschen Sozialdemokraten noch einigermaßen im Kopf hat, der hört aus dieser Antwort die angestrengten und ehrlichen Bemühungen der französischen Genossen heraus, den Anknüpfungspunkt zu finden, an dem sie ihre Arbeit mit der der deutschen Sozialisten verbinden können, um die geschlossene Front der deutschen und der französischen Sozialisten zu zeigen.

Leicht hat es ihnen ihre deutsche Bruderpartei nicht gemacht. Die einseitige Unterstreichung der Rechte und Interessen Deutschlands und der diesem Lande drohenden Gefahren war kein geeigneter Ausgangspunkt für ein internationales Zusammenarbeiten. Der „Populaire“ hat sich von diesem nationalistischen Ton absolut freigehalten; er hat ihn zudem in der SPD-Erklärung geflissentlich überhört, um allein das zu betonen, was ihm den Ansatz für eine internationale sozialistische Parole zu bilden schien.

Es ist allerdings ein bedenklicher Weg, eine Erklärung wie die der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Gegenstand einer so begeisterten Zustimmung zu machen, ohne ihre nationalistischen Entgleisungen ausdrücklich zurückzuweisen und damit die naheliegende und gebotene Probe auf die verkündete Einigkeit zu machen.

Aber das ist nicht das entscheidende Bedenken, das der französischen Erklärung gegenüber auftaucht. Bei der Dringlichkeit der hier proklamierten Einheitsfront zwischen deutschen und französischen Sozialisten kommt alles darauf an, daß die Einheitsparole, auf der sich diese Front einigen sollte, klar aufgefaßt und einheitlich vertreten wird. Diese Klarheit fehlt der französischen Antwort, wie sie auch dem „Vorwärts“ fehlt, der den Artikel des „Populaire“ als Zeichen für die vollzogene Einheitsfront feiert.

Beide Erklärungen mühen sich ab mit den Idealen der Gleichberechtigung und der Abrüstung, um aus ihnen die Parole für den internationalen sozialistischen Kampf zusammenzusetzen. Aber schon der Ton, mit dem jede von ihnen für die beiden Ideale eintritt, ist völlig verschieden. Die SPD stellt fest:

„Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist... Nur zwischen gleichberechtigten Nationen ist dauernder Friede zu erreichen.“

Der „Populaire“ glaubt sich mit den deutschen Sozialisten darin einig, „daß allein die Abrüstung... zur wahren Gleichberechtigung aller Mächte führen“ könne.

Mit andren Worten: Die SPD verkündet: Ohne Gleichberechtigung keine wirksame Abrüstung. Und Léon Blums Blatt antwortet darauf: Ohne Abrüstung keine wahre Gleichberechtigung.

Solange dieser Gegensatz besteht, schwankt das Fundament, auf dem der „Populaire“ die gemeinsame Aktion der zweiten Internationale aufbauen will. Die Einigkeit, die er verkündet, ist vorgetäuscht:

Die SPD stellt die Forderung der Gleichberechtigung voran, die SPF die der Abrüstung

— und die Abrüstungsverhandlungen in Genf, Lausanne, und wo sie sonst noch geführt worden sind, haben zur Genüge gezeigt, wie weit — zum mindesten unter der Herrschaft

kapitalistischer Staaten — diese beiden Parolen auseinanderführen können. Konsequenter Weise sieht die SPD mit ihrer Parole auf dem gleichen Boden wie die deutsche Regierung, die, dank der grundsätzlichen Ueberordnung der Gleichberechtigungsforderung heute in der Lage ist, einerseits dem Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz mitzuteilen, sie sei „nach wie vor der Ueberzeugung, daß eine radikale Durchführung der allgemeinen Abrüstung im Interesse der Sicherheit des Friedens dringend geboten“ sei und andererseits gleichzeitig Herbstmanöver zu veranstalten, in denen die gemäß dem Versailler Vertrag verbotenen Waffen mit eingesetzt werden, — wenn auch vorläufig nur in Form von Attrappen und anderem Ersatz.

In dem Aufsatz des „Populaire“ spielt das Wort „Gleichberechtigung“ kaum eine Rolle; es tritt überhaupt nur ein einziges Mal auf — wahrscheinlich als ein Zeichen des höflichen Entgegenkommens für die deutschen Genossen und da nur mit dem einschränkenden Beiwort: die „wahre“ Gleichberechtigung. Ebenso zurückhaltend ist der französische Artikel aber auch dem französischen Nationalgott gegenüber: der Forderung der Sicherheit.

Darin liegt seine Stärke und seine Schwäche. Seine Stärke: Er hält sich von der nationalistischen Scheu frei, Gleichberechtigung als das gleiche Recht aller auf Mordwaffen zu deuten und mit der Forderung der Sicherheit die Herrschaftsgelüste imperialistischer Machthaber zu decken.

Aber auch seine Schwäche: Er verkennt die Aufgabe der Sicherung des Rechts,

die durch bloße Abrüstung nicht gelöst werden kann, sondern ein Monopol an äußerer Macht erfordert in den Händen einer Regierung, die sich als fähig und bereit erwiesen hat, dem Recht in der Gesellschaft, und zwar auch im internationalen Verkehr der Staaten, Geltung zu verschaffen.

Solange eine solche Regierung nicht da ist, bleibt allerdings die Abrüstung der Staaten der einzige Weg, einen Mißbrauch der nationalen Rüstungen zu hindern. So lange ist die Parole des „Populaire“, der von den Sozialisten den Kampf für die Abrüstung fordert, die richtige.

Aber es gilt, diese Aufgabe der Sicherung des Rechts mit voller Klarheit und Schärfe herauszustellen, um im Aufbau der internationalen Einheitsfront gegen den imperialistischen Krieg sicher zu gehen.

Das Gespenst des Wettrüstens.

Mit der fortschreitenden Verschärfung des Konflikts um die „Gleichberechtigung“ werden die Urteile in einem großen Teil der deutschen und der nicht-deutschen Presse merklich vorsichtiger und beunruhigter. Die Sorge: Wohin geraten wir unter dem Militarismus, der jetzt in Deutschland zur Herrschaft kommt? steht deutlich spürbar hinter den Ausführungen, selbst bürgerlicher deutscher Blätter, die an und für sich mit der energischen Anmeldung des Gleichberechtigungsanspruchs durchaus sympathisieren.

Lehrreich in dieser Hinsicht ist ein Aufsatz des Pariser Berichterstatters vom „Berliner Tageblatt“, der von der Erwägung ausgeht: „Ob es klug“ gewesen ist, in dieser Stunde den unvermeidlichen Kampf im Innern durch eine außenpolitische Aktion zu komplizieren, wird die nächste Zukunft lehren. Der Kanzler muß es am besten wissen, ob er der rückhaltlosen Zustimmung der anderen Mächte in dem an sich begrüßenswerten Ringen um die Gleichberechtigung so absolut sicher ist, wie er in seiner Rede angedeutet hat.“ Der Schreiber schildert besorgt den Eindruck, den die jüngsten Schritte der deutschen Regierung in Paris hervorgerufen haben: Bei „klardenkenden und dem deutschen Volke freundlich gesinnten Franzosen“ sei der Eindruck entstanden, daß Deutschland von Genf habe fortbleiben wollen. „Nicht wenige behaupten, daß

die innere Not des deutschen Volkes und besonders der deutschen Jugend von den Vorkämpfern der militärischen Aufrüstung zu anderen Zwecken (als dem der Er kämpfung der Gleichberechtigung) ausgenutzt werde.“

Offenbar aus ähnlichen Sorgen heraus mahnt der „Deutsche Volkswirt“: „Das französische Schriftstück (die Antwort auf die deutsche Wehrdenkschrift) nimmt reichlich Bezug auf die Aeußerungen des Generals von Schleicher. Es ist nicht bekannt, ob er darauf sehr stolz ist.“

Das Auswärtige Amt könnte die Bendlerstraße wissen lassen, daß ihm nichts daran gelegen sein kann, in der nächsten Zeit dem Namen des Generals in fremden Noten und Zeitungen zu begegnen.“

Die italienische Zeitung „Gazetta del Popolo“ richtet an Frankreich die dringende Warnung, ja rechtzeitig in der Frage der Rüstungsgleichheit nachzugeben. Denn sonst komme die Drohung einer Rückkehr Deutschlands zu einer der machtvollsten Kriegsorganisationen immer näher. Diese Drohung habe nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa ihre schweren Rückwirkungen. Heute könne man die deutsche Regierung noch beim Wort nehmen und sich auf die von ihr zugesicherte Abrüstungsbereitschaft berufen.

In wenigen Monaten aber würde es zu spät sein. Das Wettrüsten würde herausfordernd überall beginnen.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

84)

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Die Naumburger Jäger, die Panzerwagen vor dem Schloß... die Schreckenskunde geht durch die Wilhelmstraße wie ein Lauffeuer. In der Reichskanzlei wird die Sitzung des Kriegsrats zum zweitenmal unterbrochen. Aus den Ministerien kommen die Exzellenzen und Geheimräte herüber. Von der Straße kommen Augenzeugen herauf. Alle haben besondere ganz wichtige Mitteilungen zu machen oder glauben, Ratschläge geben zu können.

Das Vorzimmer des Kanzlers ist angefüllt von Menschen. Alle reden durcheinander, einer war in der Franzerkaserne, ein anderer vorm Schloß, noch andere haben von dritten, ganz bestimmte Nachrichten erhalten. Ein Offizier aus der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, der Leutnant Colin Roß, hat den Zug in der Chausseestraße gesehen. Er war vor der Malkäferkaserne, als die Soldaten und Arbeiter sich verbrüderten.

Auch der Leutnant wird beim Kanzler vorgelassen. Er schildert den Horror der Szenen, die er angesehen hat. „Die Bewegung ist unwiderrstehlich. Das Beispiel wird die ganze Garnison mitreißen!“

„Auch die Franzosen sind nicht mehr zuverlässig. Der Kommandeur hat erklärt, daß er sich für das Regiment nicht mehr verbürgen kann!“ meldet ein eintretender Adjutant. Mit dem Adjutanten ist ein Offizier aus dem Oberkommando hereingekommen und erzählt: „Der Lustgarten war schon von dichten Volksmassen überflutet, aber ein Polizeiaufgebot hat den Platz vor dem Schloß gesäubert und die Massen zurückgetrieben. Die Brücken und Zugänge sind jetzt wieder mit Maschinengewehren besetzt!“

Collin Roß, der nach seinen Beobachtungen vor der Malkäferkaserne in den Reichstag geeilt war und verschiedene Parteiführer sprach, wendet sich nochmals an den Kanzler: „Der Abgeordnete David läßt Euch Hoheit sagen, die Sozialdemokratische Partei suche zu beruhigen: Gewaltanwendung sei sinnlos und würde die Lage nur verschlimmern!“

Der Kanzler weiß nur eins: „Es handelt sich nicht mehr um Stunden. Wir haben nur noch Minuten!“

Draußen rennt der Kanzleichef Wahnschaffe den Geheimrat Simons beinahe um.

„Exzellenz, endlich. Eben hat Spa durchgeaggt, der Kaiser habe sich entschlossen, abzudanken. Es handelt sich nur noch um die Formulierung.“

Im nächsten Moment überbringt er die Nachricht dem Kanzler:

„Die Angelegenheit ist jetzt sachlich entschieden. Sie sind schon bei der Formulierung. Der Kaiser hat sich zur Abdankung entschlossen. Wir werden in einer halben Stunde die Formulierung erhalten!“

Eine halbe Stunde noch...

Der Kanzler atmet auf. Man wird doch noch das Rennen mit den Revolutionären machen. Auch die übrigen Herren klammern sich an diese Hoffnung.

Eine halbe Stunde, zwanzig Minuten sind es nur noch. Dann wird der Khoten anfangen, sich zu entwirren. Der Betrieb in der Kanzlei fängt noch einmal an, einigermaßen zu funktionieren. Nur die Abgeschlossenheit des Kanzlerzimmers läßt sich nicht sogleich wiederherstellen. An der Tür stehen einige Herren im Gespräch. In der Mitte des Zimmers diskutieren andere mit Dr. Solf und dem Grafen Bernstorff über die Frage der Reichsverweserschaft. Der Presseoffizier Roß ist auch noch im Zimmer.

Der Kanzler sitzt allein am Tisch, und es sieht aus, als ob er mit sich selbst spreche: „Der Gedanke von David, — ja, das ist richtig. Ich bin auch der Meinung, ein Versuch, mit versagenden Truppen Gewalt anzuwenden, muß zum Sieg der radikalen Bewegung führen. Ich lasse den Kriegsminister bitten, sofort zu mir zu kommen, um die Frage zu klären: welche Instruktionen sind den Truppen für den Waffengebrauch in diesem Augenblick zu erteilen?“

Nach einer Pause fügt er hinzu: „Veranlassen Sie das bittet!“

Die Exzellenzen stehen im Gespräch. Niemand beeilt sich, den Auftrag auszuführen. Doch

der noch anwesende Leutnant Roß verläßt das Kanzleizimmer. Draußen geht er an ein Telefon und teilt dem Kriegsministerium mit: der Kanzler wolle ein Schießverbot für die Truppen erlassen haben. Es dürfe nicht geschossen werden.

Beim Kanzler sind der Staatssekretär Dr. Solf und Graf Bernstorff geblieben. Sie schlagen ihm vor, doch selbst die Reichsverweserschaft zu übernehmen. Der Prinz weist auf das Mißtrauen hin, das ihm vom Kaiser und der kaiserlichen Umgebung entgegengebracht worden ist und lehnt ab.

„Ein Übergang wäre geschaffen“, meint Graf Bernstorff.

„Es geht auch nicht, ohne sich mit den anderen Bundesfürsten ins Einvernehmen zu setzen!“

„Die Gesandten könnten befragt werden.“

Der Prinz wird wieder unruhig. Die angegebene halbe Stunde ist vergangen und die Villa Fraineuse hat sich nicht wieder gemeldet. Aus Berlin laufen Schlag auf Schlag die Meldungen ein. Vorher waren es die Malkäfer, die Jägerbataillon Nr. 4, die zweite Kompanie des Alexanderregiments, die Panzerwagen vorm Schloß, die Franzosen, — jetzt meutern die Truppen in der Kaserne am Kupfergraben.

Der Kanzler wandert auf und ab. Fünfzig Minuten sind vergangen.

In der Dragonerkaserne verhandeln Sozialdemokraten mit den Soldaten. Die Jüterboger Artillerie verweigert den Gehorsam. Die Nordreserve geht zum Volk über.

Sechzig Minuten...

„Wir müssen sofort den Kaiser sprechen!“

Wahnschaffe geht an den Apparat, v. Prittwitz und Dr. Solf lösen ihn ab. Sie bekommen die Verbindung nicht. Der Kanzler hat die Abdankungsproklamation in der Hand und wirft sie verzagend auf den Tisch zurück.

(Fortsetzung folgt.)



Die Reichsregierung in der Zange zwischen Industriellen und Großagrariern.

Rpt. Berlin, 17. September.

In der heute stattfindenden Sitzung des Reichskabinetts stehen vor allem die Fragen der Zinssenkung und der Einfuhrkontingentierung für Agrarprodukte auf der Tagesordnung. Ueber die Sitzung wird, wie man hört, keinerlei Mitteilung ausgegeben werden. Die Verkündung der Ergebnisse soll vielmehr erst am 26. September erfolgen in einer Rede, die der Reichsernährungsminister auf der Vollversammlung des Bayerischen Landwirtschaftsrates in München halten wird.

Die erste öffentliche Vorstellung der Junker-Regierung erfolgte auf einer Tagung des Reichslandwirtschaftsrats in Berlin am 11. Juni. Der erste Teil des Wirtschaftsprogramms dieser Regierung wurde vor einer westfälischen Bauernversammlung in Münster bekanntgegeben. Auch für die „Verkündung“ des zweiten Teils hat sich die Regierung einen landwirtschaftlichen Hörerkreis ausgesucht. Den sogenannten „landwirtschaftlichen Wiederaufbauplan“ wird der zuständige Reichsminister vor Landwirten, und zwar vor bayerischen Landwirten, vortragen, eine doppelte Verbeugung!

Die heutige Kabinettsitzung ist vorbereitet worden durch ein Trommelfeuer von Resolutionen, Briefen und Telegrammen. Um was handelt es sich auf dieser Sitzung?

Die Zinssenkung soll den Großagrariern das Leben verlängern über die Dauer des gegenwärtigen Vollstreckungsschutzes hinaus, der die Junker davor schützt, aus ihrem Herrenhaus weichen zu müssen, während gleichzeitig die Gerichtsvollzieher Ueberstunden machen, um Hunderte von Proletariern zu exzitieren. Eine zwangsweise allgemeine Zinssenkung, wie sie von den Großagrariern verlangt wird, käme guten und schlechten Betriebsleitern gleichmäßig zu gute.

Im Rahmen des allgemeinen Bankerotts — einen solchen würde die allgemeine Zinssenkung darstellen — würde weder der unfähige einzelne Betriebsleiter noch die ungeeignete Betriebsgröße als solche klar zu erkennen sein. Und das wäre gerade der Zweck der Uebung!

Die Einfuhrkontingentierung ist gedacht als Mittel, um bäuerliche Produkte im Preis hochzuhalten. Sicher ist nur, daß die Anwendung der Einfuhrkontingentierung gegenüber der deutschen landwirtschaftlichen Einfuhr einen weiteren Schlag gegen die deutsche Industrie-Ausfuhr zur Folge haben würde. Daß eine Hilfe für die deutschen Bauern dabei herauspringen würde, ist ganz unwahrscheinlich. Verringerter Industrieexport und dadurch vergrößerte Arbeitslosigkeit würden die Kaufkraft der Abnehmer bäuerlicher Produkte weiter ruinieren.

Als Zeugen können wir hier merkwürdigerweise Geheimrat Schwarzkopf zitieren, der als Nachfolger des Staatssekretärs Trendelenburg ins Reichswirtschaftsministerium eingezogen ist. Trendelenburg mußte gehen, weil er den neuen handelspolitischen Kurs nicht mitmachen wollte. Schwarzkopf hat nun — eine unangenehme Ueberraschung für die großagrarischen Drahtzieher! — kurz vor seiner Ernennung zum Staatssekretär als Direktor der Landeskreditkassa Kassel einen Vortrag gehalten, den der „Deutsche Oekonomist“ erfreulicherweise soeben der Vorgesessenheit entlehrt und in dem es heißt: „Mit Zöllen und anderen Regierungsmaßnahmen allein läßt diese Entwicklung (der Landwirtschaft) sich nicht bekämpfen, weil die gesunkene Kaufkraft der Bevölkerung einen dauernden Rückgang des Konsums landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Folge“ hat. „Auf vielen Gebieten ist die Einfuhr nicht mehr sehr erheblich, so daß der Zeitpunkt zu erwarten ist, wo der Markt sich ausschließlich nach der sehr geschwächten Konsumkraft der deutschen Bevölkerung orientieren wird.“

Eine dauernde Finanzierung ständiger landwirtschaftlicher Betriebsverluste aus öffentlichen Mitteln ist undenkbar, und eine Aufrechterhaltung der in großen Teilen ausschließlich auf Export eingestellten Industrie auch nur dann möglich, wenn einigermaßen normale Ein- und Ausfuhrbeziehungen der übrigen Welt aufrechterhalten bleiben.

Diese Äußerung von Schwarzkopf wird den großagrarischen Interessenten um so unangenehmer sein, als auch der Chef im Reichswirtschaftsministerium, Warmbold, den Kontingentierungswünschen Widerstand entgegengesetzt. Gegen ihn richtet sich daher ein

Trommelfeuer großagrarischer Forderungen.

Der thüringische Landbund stellt in einer Entschliebung vom 16. September „mit Bedauern und Befremden“ fest, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung nicht geeignet seien, die schwere Krise der Landwirtschaft zu beheben; bisher sei die Landwirtschaft bei allen wirtschaftlichen Ankerbelungs- und Förderungsmaßnahmen nur ins zweite oder dritte Glied (!) gestellt worden.

Der Präsident der Rheinischen Landwirtschaftskammer, Freiherr von Lüninck, betont, es komme der Landwirtschaft nicht auf Sondervorteile (!) an, sondern auf die für den Erfolg jeder Wirtschaftspolitik unerlässliche Gleichstellung mit den anderen Wirtschaftszweigen. Nach wie vor müsse die Einfuhrkontingentierung für alle aus deutscher Arbeit und deutscher Scholle erzeugbaren Produkte als die dringendste Maßnahme angesehen werden.

Der Reichslandbund protestierte am 16. September gegen die Generaloffensive verschiedener exportindustrieller Interessenverbände. Er fordert Zinssenkung und Ausweitung (!) des Vollstreckungsschutzes für die Landwirtschaft. Der Reichslandbund erwarte von der Reichsregierung eine Entscheidung, die

„die Landwirtschaft nicht wieder zum Kuhhandelobjekt einer kleinen Gruppe von Exportinteressenten degradiere“.

Die Industriellen warnen.

In einer Gemeinschaftskundgebung der Remscheider und Velberter Industrie am 16. September warnten Vertreter der Eisenverarbeitenden Industrie vor schematischer Schuld- und Zinssenkung durch Staatseingriffe, vor erneuter Vernichtung der Außenhandelsbeziehungen durch Einfuhr-Kontingente.

Der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Kastl, schreibt in einem gestern veröffentlichten Brief an den Reichskanzler unter anderem:

„Die deutsche Industrie begrüßt das von der Reichsregierung begonnene Reformwerk mit großen Hoffnungen, da

es geeignet ist, der privaten Initiative endlich wieder die Möglichkeit freier Entfaltung zu geben. Dem Leitgedanken der Reichsregierung widersprechen aber Kontingentierungsmaßnahmen, da ihnen notwendigerweise außenhandelsmonopolistische Tendenzen innewohnen. Deshalb erscheint grundsätzlich die Absicht, Einfuhrkontingente einzuführen, mit dem von der Reichsregierung im übrigen mit erfreulicher Deutlichkeit zum Ausdruck gebrachten Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit unvereinbar. Der Landwirtschaft selbst kann mit Kontingentierungsmaßnahmen eine wirksame Hilfe deshalb nicht gebracht werden, weil die zu erwartenden Gegenmaßnahmen des Auslandes gegen die deutsche Ausfuhr zu unmittelbaren Schädigungen der deutschen Industrie führen müssen. Die Abnehmerschaft der deutschen Landwirtschaft würde damit in ihrer Kaufkraft erneut geschwächt. Der durch die Verminderung der Kaufkraft der Bevölkerung eintretende unmittelbare Schaden für die Landwirtschaft wird aber erheblich größer sein, als die Vorteile, die sich die Landwirtschaft aus einer Begrenzung der Einfuhr verspricht.“

Die Warnung der Industriellen ist berechtigt! Es ist aber sehr fraglich, ob die Junkerregierung auf sie hören wird. Denn sie hat die Macht ergriffen, um die Junker vor dem wirtschaftlichen Bankrott zu retten. Das kann sie nur, wenn es ihr gelingt, die Bauern weiter bei der Stange zu halten. Das wiederum kann sie nur, wenn sie ihnen etwas bietet oder doch zu bieten scheint. Den Glauben an die Wirksamkeit von Einfuhrkontingentierungen hat der Landbund seinen bäuerlichen Mitgliedern beigebracht. Ihnen die Einfuhrkontingentierungen jetzt nicht zu geben, das könnte einen Riß zwischen Bauern und Großagrariern im Landbund herstellen: die Bauern würden dann zu deutlich sehen, daß die Großagrarien von der Junkerregierung alles, sie selber nichts erhalten.

Ein Kompromißvorschlag in der Zinsfrage.

Nachdem der Reichskanzler selber in seiner Rede in Münster eine allgemeine zwangsweise Zinssenkung abgelehnt hat, ist es möglich, daß die Reichsregierung einen Kompromißvorschlag aufgreift, der von Herrn von Ritter vom

Im Stich gelassen!

Unrühmliches Verhalten einer freien Gewerkschaft.

R. W. Am 10. September hat die Cellulose- und Papierfabrik Mainz-Kostheim ihrer gesamten Belegschaft zum 17. September gekündigt. Es wurden davon 706 Arbeiter und 56 Angestellte betroffen. Gleichzeitig mit der Kündigung gab die Firma bekannt, daß derjenige die Arbeit wieder aufnehmen könne, der mit 20 Prozent Lohnabzug einverstanden sei.

Nach dem Erscheinen der Bekanntmachung trat ein Teil der Belegschaft in den Streik. Dieser ging aus von der Abteilung Papierherstellung, die 200 Mann umfaßt. Diese 200 Mann sind fast ausnahmslos Stahlhelmer und Nazis. Außer diesen nahmen noch die Anhänger der RGO, und ein Teil freigewerkschaftlich organisierter teil. Der Fabrikarbeiter-Verband erklärte, nachdem er angerufen wurde, den Streik für einen wilden und gab die Erklärung ab, daß er für nichts aufkomme. Vor den Streikenden sprach sodann ein Vertreter der RGO.

Mittags war der Streik bereits zusammengebrochen, und die Teilnehmer an dem gegründeten Kampfkomitee fristlos entlassen. Die Belegschaft ist etwa zu 60 Prozent freigewerkschaftlich organisiert, 10 Prozent sind in der RGO, der Rest sind Unorganisierte (zum Teil Stahlhelmer und Nazis).

Es wäre solidarischer und nützlicher gewesen, wenn die Vertreter der Fabrikarbeiter sich selber um die Sache gekümmert hätten, statt sich einfach mit einer Erklärung zufrieden zu geben; es ist doch unmöglich, einen Lohnabbau von 20

Verband öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten in Berlin ausgesetzt. Nach dem Plan Ritters soll den Pfandbriefbesitzern die Wahl gestellt werden, ob sie 6prozentige Pfandbriefe behalten wollen, auch auf die Gefahr hin, daß unter Umständen die Zinszahlung ganz ausbleibt, oder ob sie dafür im Austausch nur mit 4 Prozent verzinsliche Pfandbriefe nehmen wollen, die von allen Reichsteuern befreit sind und bei denen das Reich die Zinszahlung garantiert. Auch dieser Vorschlag bedeutet natürlich eine landwirtschaftliche Subvention, er hätte aber den Vorzug, daß nicht abermals das Vertrauen von Gläubigern und Sparern durch eine zwangsmäßige Zinssenkung erschüttert wird. Da ein endgültiger Beschluß des Reichskabinetts über die Ablehnung einer allgemeinen Zinssenkung noch nicht vorliegt, muß man allerdings immer noch damit rechnen, daß ein weit schlimmerer Staatseingriff erfolgt, als die Durchführung des Ritterschen Vorschlags bedeuten würde.

Auch jede allgemeine Zinssenkung ist eine Maßnahme vor allem zu Gunsten der Großagrarien, da die bäuerlichen Betriebe, wie auch im heutigen Wirtschaftsteil gezeigt wird, weit weniger unter der Verschuldung leiden als die Großbetriebe.

Die Interessen von Industriellen, Bauern und Arbeitern, stehen in beiden Fragen, die im Reichskabinetts heute beraten werden, gegen die Interessen der Großagrarien.

Eine winzige Minderheit regiert in Deutschland. Sie sorgt mit brutaler Rücksichtslosigkeit für ihre eigenen Interessen. Wir möchten fast hoffen, daß sie die Rücksichtslosigkeit gegenüber allen anderen Gruppen der Bevölkerung einschließlich der Industriellen so steigert, daß womöglich noch die Reste der deutschen Volkspartei zusammen mit der Arbeiterschaft eine Einheitsfront gegen die Ueberreste der Feudalen bilden. Wir fürchten jedoch, die Vertreter der Feudalen werden zu klug sein, eine solche Einheitsfront zu provozieren. Sie werden Warmbold im Kabinetts behalten. Sie werden in der Frage der Einfuhrkontingente und der Zinssenkung eine Kompromißpolitik treiben, die den Großagrariern möglichst viel gibt, den Bauern etwas zu geben scheint und auf der anderen Seite für die Industriellen gerade noch erträglich ist. Wir fürchten, die herrschende Klasse wird unter der Führung der Barone fest zusammenstehen. Ihre Einheitsfront wird daher nur von einer Einheitsfront der Arbeiterschaft zerbrochen werden können.

Prozent einfach hinzunehmen. Durch ein solches Verhalten stärkt man die Gewerkschaften nicht. So hilft man nur den Gegnern, die Terminarbeit gegen die Gewerkschaften erfolgreicher fortzusetzen.

Keine allgemeine Lohnsenkung in der westsächsischen Textilindustrie.

Die Unternehmer der westfälischen Textilindustrie hatten allgemein eine Lohnkürzung von 8 bis 12 Prozent gefordert und für einzelne Branchen noch darüber hinausgehende Abstriche.

Am 16. September ist zwischen den beteiligten Parteien eine freie Vereinbarung getroffen worden, wonach die allgemeinen Lohnsätze bis zum 1. Januar 1933 in Kraft bleiben, während für einzelne Kategorien Abstriche erfolgt sind, über die im Augenblick Näheres noch nicht bekannt ist. Einige Branchen sind zur nochmaligen Verhandlung zurückgestellt worden; falls innerhalb dreier Wochen eine Verständigung nicht erzielt ist, soll der Schlichter einen Schiedsspruch fällen.

Insgesamt werden von diesen Lohnsätzen 150 000 Textilarbeiter erfaßt.

Wir fürchten, daß die geteilten Vereinbarungen lediglich ein Manöver der Unternehmer darstellen, die einzelnen Branchen gegen einander auszuspielen und sie getrennt zu schlagen. Es wäre nicht das erste Mal, daß die Gewerkschaften auf diesen Leim gegangen sind.

Erstklassige Maßarbeit
Herren- Anzüge
Mäntel
Damen- Mäntel
Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
O. v. Guerickestr.
104, H. r. L.
Stoffmuster
vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorz. d. Inserates 5% Rabatt!
Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolajsbürger Weg 67.

Freunde
und Leser des
„Funkens“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!
Werkt Abonnanen!
Sammelt Anzeigen!
Gewirgt bei Einbüfen
eurer Inseraten!

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen
Berlin SO 36, Elisabethufer 29-30
Telefon: Sammelnr. P 1 Moritzplatz 5471

Zum frischen Obst
schmecken rohe Gebirgs-
Haferflocken vorzüglich.
1 Post-Paket (9 Pfund)
nur 8,60 RM ab hier.
Vorauszahlung auf Postcheck-
Konto Magdeburg 179 24 erbeten.
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987
Ab 16. Sept. Jaques Feyder:
Die neuen Herren
mit Albert Préjean.
Vorführung der Aetherwellen-Musik.
Anfangszeitung: 17, 19 und 21 Uhr.

„Die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Sieger hervorgeht. Sie ist die Narrenbühne, auf der der pffiffigste oder bestbezahlte Schwätzer dem vornehmen und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang ablauft.“
Die Ereignisse der letzten Tage beweisen die Richtigkeit dieses von LEONARD NELSON bereits 1919 über die Demokratie gefällten Urteils. Wenige wagen es angesichts der Ereignisse der vergangenen Tage die Demokratie vorbehaltlos zu verteidigen. Doch was soll an ihre Stelle gesetzt werden? Wer sich mit der Demokratie auseinandersetzen will, der lese:

Demokratie und Führerschaft.
Von Leonard Nelson.
3. Aufl. 1932. 176 Seit. Broschiert 2,40 M. Ganzleinen 3,40 M.
Aus dem Inhalt:
Demokratie und Führerschaft. Rede.
„Diktatur, Parlamentarismus oder Wirtschafts-demokratie?“
Gesundheits der Demokratie.
Soziale Demokratie?
Demokratie und Achtung der Masse?
Die Weisheit der Demokratie als die Wissenschaft des Nicht-Wissens.
Herrschaft der Weisen und demokratische Kontrolle.
Demokratie und Führerauslese.
Die Narrenbühne.
Erziehung zur Demokratie.
Das Urteil der Staatsmänner.
Demokratie als Risiko der freien Diskussion nach P a l a t e v e.
Demokratie als Ueberwindung der Theokratie nach M a s a r y k.
Demokratie und Faschismus nach N i t t l.
Ein Kulturdokument.
Partei-Demokratie.
Das Ende der Demokratie.
Diskussionsreden über Demokratie und Naturrecht.
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.
Postscheckkonto Berlin 313 42

Fort mit den Sondergerichten!

Von Gustav Heckmann.

Nahezu täglich finden zur Zeit in Berlin Veranstaltungen gegen die Sondergerichte statt: am Mittwoch hatte die Liga für Menschenrechte einen Abend diesem Thema gewidmet; am Donnerstag eröffnete die „Rote Hilfe“ eine Versammlungsreihe.

Die meisten Besucher: Arbeiter, darunter auch solche, die bereits Jahre lang als „Polittische“ in Luckau oder sonstwo gesessen hatten, waren sicher in die Kundgebung gekommen mit der Frage:

wie schaffen wir uns diese furchtbare Geißel vom Halse, deren Schläge seit vier Wochen auf die Arbeiter niedersausen?

Ich will gleich die Antwort nennen, die sie bekamen; Genosse Miller vom Zentralvorstand der „Roten Hilfe“ gab sie in wenigen Sätzen:

„Was sollt ihr tun? Ihr sollt die Frage der Justiz, des faschistischen Terrors, der Unterdrückung der Arbeiter... — diese Frage sollt ihr stellen in den Betrieben, unter den Millionenmassen der Erwerbslosen, in euren Organisationen, in den Gewerkschaften, den Sport- und Kulturorganisationen. Ihr sollt einen Massonsturm der Empörung gegen diese Justiz entfachen, bis sie geschlagen am Boden liegt. Ihr sollt gegen diese Justiz den außerparlamentarischen Kampf organisieren, indem ihr immer mehr Massen in der Antifaschistischen Aktion zusammenballt, vor allem die Arbeiter, die in den Betrieben stehen, an der Basis der kapitalistischen Produktion.“

Andero Redner sprachen weniger parteikommunistisch, dachten mehr daran, „das Werk in seiner Ganzheit ins Auge zu fassen“ — wie Barbusse mit Bezug auf das Werk des Amsterdamer Antikriegskongresses gemahnt hat; so Litten, der bekannte Verteidiger. Nach einer empörten Schilderung dessen, was er soeben am Berliner Sondergericht erlebt hatte, und im Bewußtsein der tödlichen und nahen Gefahr, von der vier Charlottenburger Arbeiter bedroht sind, gegen die in der kommenden Woche auf Totschlag verhandelt wird, schloß Litten mit einem kurzen, entscheidenden Appell: die Einheitsfront der Arbeiter herzustellen — „wenn es nicht anders geht, über die Köpfe der Führer hinweg“. Hat Litten dabei auch an die kommunistischen Führer gedacht, die dem Einheitsverlangen der Arbeiter immer noch ein seltsames und hartnäckiges Beharren bei der rein kommunistischen Parteipropaganda entgegenzusetzen? Denn auch Miller tat — bei allem ehrlichen und starken Haß gegen den Feind, — der aus seinen Worten sprach — nichts anderes.

Das ist aber zu wenig. Das ist ganz besonders wenig in diesem Falle, bei diesem Thema, das alle Arbeiter in einer qualenden Empörung einigt, weil die Schmach, die sie hier erdulden, so nackt zutage liegt, daß es keinerlei Meinungsverschiedenheit zwischen kommunistischen, sozialdemokratischen und anderen Arbeitern hierüber gibt.

Was die Besonderheit der Aufgabe angeht, sich die Sondergerichte vom Halse zu schaffen, so konnte man an den erwähnten Abenden von den Juristen, die dort sprachen, manches lernen. Besonders Justizrat Werthauer erörterte

die rechtlichen Mängel der Sondergerichte.

Die Verordnung über die Einrichtung der Sondergerichte ist eine andere als die sogenannte Terrornotverordnung vom 9. August. Die Terrornotverordnung erläßt nur verschärfte Strafbestimmungen (Todesstrafe, Zuchthaus), bestimmt aber nicht die Einrichtung der Sondergerichte. Zu deren Einführung bedurfte Papen keiner besonderen Notverordnung des Reichspräsidenten; denn bereits die Regierung Brüning hatte sich durch Notverordnung die Ermächtigung zur Einrichtung von Sondergerichten erteilen lassen. (Vergleiche: „Dritte Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“, vom 6. Oktober 1931.)

Auf Grund der unter Brüning erteilten Ermächtigung hat Papen durch Verordnung die Sondergerichte eingeführt. In dieser Verordnung sind außerordentlich schwere juristische Mängel der Sondergerichte festgelegt — Mängel also, die sich auch dann zeigen würden, wenn die Sonderjustiz unparteilicher gehandhabt würde. Werthauer nannte im wesentlichen drei Mängel:

1. Die Möglichkeiten der Verteidigung sind stark beschnitten dadurch, daß es in das freie Ermessen des Gerichts gestellt ist, welche Zeugen es laden will. Das Gericht kann also die Beweisaufnahme ablehnen, kann es ablehnen, z. B. weitere Entlastungszeugen zu hören, mit der Begründung, daß der Tatbestand für die Beurteilung hinreichend aufgeklärt sei. Werthauer meinte, daß mit dieser Bestimmung „der Grundfelsen der Strafprozeßordnung aufgehoben“ sei.

Eine weitere Beschnidung der Möglichkeiten der Verteidigung erwähnte Litten: die Anklage wird dem Angeklagten unter Umständen erst 24 Stunden vor der Verhandlung zugestellt; sie enthält zudem oft keine weiteren Angaben als die allgemeine Bezeichnung der Straftat (z. B. schwerer Landfriedensbruch), den Ort, das Datum, die Belastungszeugen; es fehlt die Angabe, durch welche bestimmte Handlung die Straftat begangen worden sein soll. So ist es für die Verteidigung ungeheuer erschwert, zur Verhandlung Entlastungszeugen zur Stelle zu haben.

2. Die Laienrichter sind aus dem Verfahren ausgeschlossen: das Sondergericht besteht aus drei Berufsrichtern; Schöffen oder Geschworene gibt es nicht. Werthauer sprach in diesem Zusammenhang vom alten Schwurgericht (vor 1924), bei dem zwölf „Männer aus dem Volke“ in abgeschlossener Beratung (ohne Anwesenheit von Berufsrichtern) sich über den Spruch schlüssig wurdene. Werthauer sprach von der ersten Art, in der im allgemeinen die Geschworenen sich

um die richtige Entscheidung bemühten; von dem Vorzug des Herangehens an eine neue Aufgabe gegenüber der berufsprüflichen Routine (es ist — nach einem Wort Nelsons — der Vorzug der „hinreichend Unverbildeten“). Bei den Sondergerichten fällt das Laienelement ganz fort.

3. Gegen die Urteile der Sondergerichte gibt es keine Rechtsmittel (Beschwerde, Berufung, Revision); es gibt nur die Möglichkeit des Wiederaufnahmeverfahrens, wenn z. B. „neue Tatsachen oder Beweismittel beigebracht sind“. Für den Richter beim Sondergericht fällt also eine zur Gründlichkeit mahnende Bremse fort: die Rücksicht darauf, daß unter Umständen sein Urteil der Nachprüfung durch eine höhere Instanz unterliegt.

Diese Mängel faßte Werthauer dahin zusammen, daß bei dem Sondergerichtsverfahren „die meisten Garantien, die die Strafprozeßordnung dem Angeklagten zur Seite stellt, gestrichen sind“. Und Rudolf Olden meinte (in der Veranstaltung der Liga für Menschenrechte), daß

eine große Reihe glücklicher Zufälle zusammenzutreffen müsse, wenn es gelingen solle, im Sondergerichtsverfahren zu einem gerechten Urteil zu kommen.

Das Zusammentreffen dieser riesigen Mängel mit der furchtbaren Verschärfung des Strafmaßes durch die Terrornotverordnung stempelt bereits die Sondergerichte zu einer Art Knochenmühle für die Angeklagten.

Nein — nicht für die Angeklagten; denn die Erfahrung zeigt, daß häufig mit zweierlei Schärfe gearbeitet wird in den Sondergerichten. Diese Behauptung haben wir durch Dutzende von Beispielen in unserer Zeitung erhärtet, und wir sind bereit, solche Beispiele zum Beweis für die Richtigkeit unserer Behauptung vorzulegen.

Das Messen mit zweierlei Maß

wird von hohen Justizbeamten sogar gefordert. Bekannt geworden ist der „Angriff“-Artikel des NS-Oberstaatsanwalts von Steinäcker. Ernst Ottwald berichtete in der „Rote Hilfe“-Versammlung über eine Äußerung der Staatsanwaltschaftsrat Mittelbach vom Berliner Sondergericht vor Zeugen getan hat: er (Mittelbach) stimme mit Steinäcker in einem Punkte nicht überein: in der Frage der Schuldzuweisung dürfe man nämlich keinen Unterschied zwischen Kommunisten und anderen Angeklagten machen; in der Strafzumessung aber solle man berücksichtigen, daß die Kommunisten Feinde des Staates seien. Daß dieser selbe Herr Mittelbach andererseits der Überzeugung ist, daß die „nationalsozialistische Partei für die

Bilanz

der Sondergerichtsurteile.

Kurt Großmann, der Sekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte, schickt uns eine Zusammenstellung über die bis zum 12. September gefällten Sondergerichtsurteile. Er stellt der Bilanz als Motto ein Wort voran, das der Reichspräsident von Hindenburg 1926 gesprochen hat:

„Die Gerechtigkeit ist die Seele des Staates. Ohne Gerechtigkeit kein Staatsleben, ohne Gerechtigkeit kein Frieden im Volke und unter den Völkern.“

Die Versöhnung der Bayern mit der Erledigung der Preußen-Regierung.

Die Absichten Papens zur Reichsreform.

Die „Nürnberger Zeitung“ veröffentlicht unter der Überschrift: „Versöhnung mit der Reichspolitik?“ unter anderen folgende Ausführungen, die die von Berliner unterrichteten Stellen bestätigt werden:

„Die Politik der bayerischen Regierung gegenüber dem Reich scheint vor einer entscheidenden Kursänderung zu stehen. Die Reichsregierung soll nämlich eine bereits sehr weitgehende Fühlungnahme mit der bayerischen Regierung durch Herrn von Lersner hergestellt haben. Man will Bayern für die kommende Reichsreform weitgehende Eventualgarantien der Erhaltung seiner Selbständigkeit anbieten, insbesondere soll es aber seine finanzielle Unabhängigkeit vom Reich erhalten durch entsprechende Aenderung des Finanzausgleichs. Die bayerische Regierung selber hat zu diesen Dingen noch keine Stellung genommen. Es ist aber anzunehmen, daß sie sich jetzt äußern wird.“

Entgegen der ursprünglichen Absicht der Reichsregierung, die kommende Reichsreform nach einem Hugenbergschen Plan durchzuführen, der die preußische und die Reichsregierung zwar in einer Hand vereinigen sollte, aber die preußische Verwaltung bestehen ließ, hat sich die Regierung Papen nunmehr entschlossen, nach eigenen Gedanken noch einen Schritt weiterzugehen und auch die preußische Verwaltung mit der Reichsverfassung völlig zu vereinigen. Die preußischen Provinzen werden Reichsländer mit stark dezentralisierten Befugnissen und Aufgaben einer Verwaltung. Die Länder „alter Ordnung“ Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen dagegen werden in ihrer jetzigen Form bestehen bleiben, sie sollen sogar eine verstärkte Daseinsgarantie erhalten, indem man ihnen wesentliche Teile ihrer früheren finanziellen Selbständigkeit zurückgibt. Einzelheiten sind in diesen Punkten allerdings noch nicht festgelegt, wenngleich angenommen werden kann, daß der neue Vertrauensmann der Reichsregierung in den Ländern, Freiherr von Lersner, bereits komplette Vorschläge nach klaren Plänen gemacht hat.“

Wie das Blatt weiter hört, will Herr von Papen selber nach Beendigung der gegenwärtigen innerpolitischen Auseinandersetzungen seinen Antrittsbesuch in Bayern machen. Ferner beabsichtigt Innenminister v. Gayl, eine Reise durch die bayerische Ostmark anzutreten mit anschließendem Besuch Münchens. Bei dieser Gelegenheit werde man sich in Bayern an das Wort des Herrn v. Gayl erinnern, daß die Reichsreform nicht gegen die Länder, sondern mit den Ländern geführt werden solle.

Wir werden zu diesen Plänen in Kürze Stellung nehmen; heute verweisen wir nur auf unsere grundsätzliche Stellung-

Staatsordnung eintritt“, das hat er im Prozeß gegen die nationalsozialistischen Mörder von Siemensstadt in seinem Plädoyer gesagt. In diesem Prozeß vertrat nämlich Mittelbach die Anklage, und dieser Prozeß wurde durch einen in einem Kommunistenprozeß nie dagewesenen Umstand gekennzeichnet: obwohl elf Nazis aus der unter einem Baum stehenden schwer bewaffneten Gruppe, aus der die tödlichen Schüsse fielen, festgenommen und namentlich festgestellt worden waren, stand nicht einer von ihnen wegen seiner Teilnahme an dieser Gruppe (Landfriedensbruch) unter Anklage.

Diese Tatsachen kommen zur juristischen Beurteilung des Sondergerichtsverfahrens hinzu. Sie bewirken, daß man — wie Ottwald sagte — „wenn es sich um diese Justiz handelt, das Wort ‚Gerechtigkeit‘ nicht aussprechen kann, ohne rot zu werden“.

Wir sehen, daß eine alles Rechtsmpfinden aufwühlende Kritik an der Sonderjustiz möglich ist, und zwar eine Kritik, die nichts weiter voraussetzt, als ein normales Rechtsmpfinden. Auf dem Boden der hier angeführten Kritik könnte man insbesondere alle anständig denkenden Juristen (Rechtsanwälte, Richter, Staatsanwälte) vereinigen, die es bis weit ins Bürgertum hinein gibt.

So könnte eine öffentliche Propaganda gegen die Sonderjustiz eingeleitet werden von großer Breite und bedeutendem Gewicht in der öffentlichen Meinung.

Tausend angesehene Juristen (und zwar nicht nur Kommunisten) sollten in Versammlungen über die Gerichtsbarkeit sprechen, die gegenwärtig über Deutschland liegt.

Wir würden es für

einen Beweis der Großzügigkeit

ansetzen, wenn die „Rote Hilfe“ die Parteigeschäfte schließen lassen und eine derartige Aktion einleiten würde.

Wir sind nicht der Meinung, daß ein Protest der Juristen den außerparlamentarischen Zusammenschluß der Arbeiter überflüssig machen würde.

Wir sind nicht einmal der Meinung, daß der Juristenprotest für die Befreiung der Arbeiter aus den Zuchthäusern wichtiger ist als die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiter. Nein: die Einheitsfront ist der Schlüssel für alles, worum die Arbeiter heute kämpfen (oder kämpfen sollten). Aber es kommt eben darauf an alle Hebel in Bewegung zu setzen, die geeignet sind, die Sondergerichtsmühle zum Stillstand zu bringen.



Großmann bringt dann mit Namen und Daten die sehr lange Liste der gegen Angeklagte von links gefällten Sondergerichtsurteile und die weniger lange Liste der gegen Angeklagte von rechts gefällten Urteile. Die Addition ergibt nach Großmann folgendes Bild:

Urteile gegen Links: Urteile gegen Rechts:

177 Angeklagte.	88 Angeklagte
108 Jahre 1 Monat Zuchthaus;	7 Jahre Zuchthaus, 5mal lebens-
62 Jahre 9 Monate Gefängnis;	14jähriges Zuchthaus; 13 Jahre
120,— Mark Goldstrafe;	6 1/2 Monate Gefängnis; 300 Mark
32 Freisprüche.	Goldstrafe; 16 Freisprüche.

Der Vierte Strafsenat weniger reaktionär als Herr Melcher.

Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat die Verbotsdauer für die Wochenschrift „Kampfsignal“ um vier Wochen verkürzt, so daß sie vom 15. Oktober ab wieder erscheinen darf.

Das Verbot, das der nationalsozialistische Innenminister von Mecklenburg-Schwerin über die sozialdemokratischen Zeitungen „Das freie Wort“ und „Mecklenburgische Volkszeitung“ verhängt hatte, und über dessen besonders unhaltbare Begründung wir seiner Zeit berichteten, ist einen Tag, bevor es abgelaufen wäre, vom Reichsinnenminister aufgehoben worden.

Was verkaufen die deutschen Landwirte?

Getreide macht nur 18 Prozent des Verkaufserlöses aus.

Wenn Städter von der Landwirtschaft hören, so denken sie in erster Linie an wogende Getreidefelder. Dank der eindringlichen und geschickten großagraren Propaganda sind die meisten Deutschen der Ansicht, daß der Getreidepreis für die Landwirtschaft von besonderer Wichtigkeit ist. Sie meinen, der Erlös aus Getreideverkauf mache den größten Teil des Erlöses der Landwirtschaft aus.

Zur Aufklärung über den wirklichen Sachverhalt können die Berechnungen des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung beitragen, die wir nachstehend im Auszug wiedergeben. Im Wochenbericht des Instituts vom 14. September sind die Verkaufserlöse für wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse für mehrere Erntejahre (jeweils vom 1. Juli bis zum 30. Juni laufend) zusammengestellt. Die Aufstellung ist vollständiger als in den Vorjahren, doch fehlen immer noch Angaben über den Verkauf von Gespinnstpflanzen, Mohn, Korbweiden und forstwirtschaftlichen Produkten. Die Verkäufe von Futtergetreide, Heu, Stroh u. s. w. von Landwirten an Landwirte blieben unberücksichtigt, da der Wert dieser Produkte später zum Beispiel im Wert von verkauftem Vieh wieder erscheint. Ebenso ist der Eigenverbrauch der Landwirte zur Ernährung von Mensch und Vieh abgesetzt. Die folgenden Zahlen geben also die Netto-Erlöse der gesamten Landwirtschaft an.

Verkaufserlöse für wichtige landwirtschaftliche Produkte in Millionen Mark:

	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32
Getreide	1734	1761	1589	1497
Speisekartoffeln	481	361	337	363
Vieh einschließlich Geflügel	4118	4149	3491	2625
Milch	2000	1834	1668	1470
Eier	302	295	287	231
Zucker	484	510	517	430
Weinmost	200	117	119	82
Obst	560	353	618	317
Gemüse	262	231	160	168
Sonstiges	154	135	103	84
	10 295	9 746	8 899	7 267

Im Durchschnitt der letztvergangenen vier Erntejahre macht also der

Getreideverkauf nur 18 Prozent des Gesamterlöses

aus. Der Erlös aus dem Verkauf von Vieh und Viehprodukten ist dreieinhalb Mal so groß wie der aus dem Getreideverkauf. Allein schon der Erlös aus dem Milchverkauf ist wichtiger. In dem guten Obstjahr 1930/31 ist aus dem Verkauf von Obst mehr Erlös worden als aus dem Verkauf von Roggen und fast so viel wie aus dem Verkauf von Weizen!

Die Tabelle lehrt aber nicht nur, daß der Getreidepreis in seiner Bedeutung für die deutsche Landwirtschaft weit überschätzt zu werden pflegt, sondern auch, daß der Erlös aus Getreideverkäufen verhältnismäßig hochgehalten wurde, während der Erlös aus anderen Produkten stark absank. Das bedeutet eine

außerordentliche Benachteiligung der Bauern.

Wir sehen hier die Folgen der Agrarpolitik gegen die Bauern in Zahlen vor uns. Die Erlöse aus dem Milchverkauf sind zum Beispiel im Jahr 1931/32 gegenüber dem Jahr 1928/29 um 26 Prozent gesunken, obwohl gleichzeitig die Verkaufsmenge um 7 Prozent gestiegen ist! Der Gesamterlös der Landwirtschaft ist von 1928/29 auf 1931/32 um 29 Prozent gesunken, der Erlös aus Getreideverkauf jedoch nur um 14 Prozent. (Diese Senkung ist überdies zur Hälfte auf einen Mengenrückgang zurückzuführen: Die Ernte war 1931/32 um 7 Prozent kleiner als 1928/29.) Im Wirtschaftsjahr 1932/33 werden die Gesamterlöse schätzungsweise 7 Milliarden Mark betragen. Dabei werden infolge der guten Ernte die Verkaufserlöse für Getreide wahrscheinlich etwas höher sein als 1931/32, die der Viehwirtschaft hingegen etwas niedriger.

Die Ueberlegenheit des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes.

Trotz der Stützung der Großbetriebe durch Hochhaltung der Getreidepreise und obgleich eine entsprechende Stützung der Kleinbetriebe — etwa durch Hochhaltung der Preise für Vieh und Viehprodukte — fast völlig fehlt, ist doch das volkswirtschaftliche Einkommen pro Hektar um so größer, je kleiner der Betrieb ist. Das ergibt eindeutig eine Untersuchung von Dr. H. L. Fensch, dem Leiter der Betriebsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates, der der Durchschnitt von Wirtschaftsergebnissen aus den Wirtschaftsjahren 1924/25—1930/31 zu Grunde gelegt ist. (Unter volkswirtschaftlichem Einkommen sind alle die Werte zu verstehen, die aus der Produktion eines Unternehmens als Einkommen an den Unternehmer, als Lohn an die Arbeiter, als Steuern an den Staat und als Zinsen an die Gläubiger fließen.)

Volkswirtschaftliches Einkommen in Mark je Hektar.

Größenklasse Hektar	Ostpreußen	Norddeutschland	Schlesien
5—20	154	220	278
20—50	155	194	265
50—100	141	191	269
100—200	130	213	268
200—400	143	207	259
über 400	125	189	—

Deutsche Lebensmittel-Autarkie?

Eine gefährliche Zielsetzung.

In Deutschland ist die Deckung des Bedarfs an Brotgetreide, Kartoffeln, Fleisch, Milch und Zucker, also den wichtigsten Nahrungsmitteln, im notwendigen Umfang aus deutscher Produktion zur Zeit gesichert. Wir sagen: zur Zeit, das heißt: unter den heutigen Umständen, zum Beispiel bei den heutigen Schutzzöllen. Eine Senkung der Schutzzölle würde zweifellos zu einer Einschränkung des Getreideanbaues führen. Mit billigem Getreide kann die deutsche Bevölkerung eben nicht aus dem Inland voll versorgt werden.

Die Selbstversorgung ist teuer.

Sie belastet besonders die ärmsten Gruppen der Bevölkerung und macht sie dadurch minder kaufkräftig für die bäuerlichen Veredelungsprodukte.

Bei einer Reihe minderwertiger Produkte ist die Autarkie (Selbstversorgung) noch keineswegs hergestellt. Der mengenmäßige Anteil der Inlandsproduktion am deutschen Gesamtverbrauch beträgt zum Beispiel bei:

Wildfleisch, Obst, Käse	80—85 %
Butter, Zwiebeln	75—80 %
Geflügel, Eier, Honig	65—70 %
Salat, Spinat, Gurken, Kürbisse	60—70 %
Hülsenfrüchte, Buchweizen, Seefische	45—50 %
Blumenkohl, Tomaten	25—35 %

Der Einfuhrüberschuß an Veredelungsprodukten (lebenden Tieren, Fleisch, Fetten, Molkeerzeugnissen und Eiern) ist in den letztvergangenen Jahren stark gesunken. Er betrug:

1. Halbjahr 1929	619 Mill. Mark
1. Halbjahr 1931	326 Mill. Mark
1. Halbjahr 1932	210 Mill. Mark

Zweifellos kann man die Einfuhr durch entsprechende Zwangsmaßnahmen noch weiter beschränken. Es fragt sich nur, was für die deutsche Bevölkerung, abgesehen von einer Verteuerung dieser Lebensmittel, dabei herauskommt. Man bedenke: Die Einfuhr an den genannten Veredelungsprodukten stammt in der Hauptsache aus den drei Ländern Holland, Dänemark und Schweden. Gegenüber diesen drei Ländern hatte Deutschland im Jahre 1931 einen Ausfuhrüberschuß von über einer Milliarde Mark, bei einer Ausfuhr in diese Länder im Wert von 1750 Millionen Mark. Diese Ausfuhr und die entsprechende

Beschäftigung von Industriearbeitern soll also aufs Spiel gesetzt werden, um eine Einfuhr im Werte von rund 400 Millionen Mark jährlich zu beschränken!

Ein in Anbetracht der Lage auf dem Arbeitsmarkt freventliches Spiel! H. H.

Das schwächste Glied in der Kette: die deutschen Gemeinden.

Der stellvertretende Gemeindevorsteher der Gemeinde Ammendorf, die mit rund 13 000 Einwohnern die größte Landgemeinde Deutschlands ist, hat an das preußische Innenministerium folgendes Telegramm gerichtet: „Gemeindevorsteher an neuem Erschöpfungspunkt. Gemeindefinanzen zusammengebrochen. Wohlfahrtsunterstützungen, Gehaltsrückstände, Lehrergehälter nur durch Einbehaltung der Staatssteuern seit August gezahlt. Krankenhauskosten zum Teil seit vorigem Jahr nicht bezahlt. Bisherige Rückstände eine Viertelmillion. Einige Gläubiger veranlassen Zwangsmaßnahmen. Große Hypotheken wegen Nichtzahlung der Zinsen fällig. Saalekreisverwaltung lehnt Hilfe ab, da selber in Schwierigkeiten. Heutige Unterstützungsleistungen nur durch Einbehaltung der Staatssteuern noch möglich. Erbitten dringend Hilfe.“

BELGIEN

Der Bauernbund bietet der Regierung Finanzhilfe an: Der Boerenbond hat der Regierung zur Behebung ihrer Finanzschwierigkeiten einen Kredit von 600 Millionen Francs (rund 75 Millionen Mark) angeboten. Der Boerenbond macht dieses Angebot von der Durchführung neuer Kontingentierungen für die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse abhängig. — Seine günstige Finanzlage spricht nicht gerade für eine Notlage der belgischen Landwirtschaft.

DEUTSCHLAND

Sinkender Milchkonsum: Im Juni 1932 war trotz steigender Milchlieferung der Frischmilchverbrauch um 15,6 Prozent kleiner als im Juni 1931. Der Absatz an hochwertiger Trinkmilch in Flaschen ist sogar um 80 Prozent zurückgegangen. — Eine natürliche Folge der sinkenden Massenkaufkraft. Arbeiternot ist Bauerntod!

Zigarettenverbrauch steigt in der Krise: Im ersten Halbjahr 1932 wurden 15,5 Milliarden Zigaretten verbraucht, das sind 52 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 1931. Während 1930/31 noch 56 Prozent der Zigaretten 5-Pfennig-Zigaretten waren, waren es im Juni 1932 nur noch 20 Prozent; die 3½-Pfennig-Zigaretten machten im Juni dieses Jahres 56 Prozent des Zigarettenkonsums aus. — Der Zigarettenkonsum ist gleichzeitig vom ersten Halbjahr 1931 zum ersten Halbjahr 1932 von 2,8 auf 2,5 Milliarden (um 13 Prozent) zurückgegangen.

Kunstseideproduktion und -verbrauch steigen trotz Krise stetig: Die „Textil-Woche“ veröffentlicht folgende Angaben:

	Produktion in Millionen Kilogramm	Verbrauch in Millionen Kilogramm
1927	19	24
1928	24	26
1929	29	29,5
1930	30	35
1931	32	38

Eine Industrie droht mit Stilllegung: Die Bürsten- und Pinselindustriellen haben den Ministerien eine Denkschrift unterbreitet, in der besonders über die hohen Industriebelastungen und Soziallasten Klage geführt wird. Sie schreiben, daß sie aus Protest gegen die Weitererhebung der Soziallasten die Stilllegung der gesamten deutschen Bürsten- und Pinselindustrien planen. — Bitte sehr! Die Regierung müßte nur dafür sorgen, daß die Arbeiter in Exportindustrien eingestellt werden, damit der Bürsten- und Pinselimport leicht bezahlt werden kann; dann werden die Bürstenfabrikanten bald weniger kratzbürstig sein!

Die landwirtschaftliche Verschuldung in Pommern.

Eine Statistik und was die „Deutsche Tageszeitung“ daraus macht.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern hat vor kurzem auf Grund der Unterlagen aus 736 Betrieben eine Neubearbeitung ihrer Schrift: „Die Kreditlage der pommerschen Landwirtschaft“ veröffentlicht. Diese Schrift bearbeitet Material bis zum Wirtschaftsjahre 1930/31 einschließlich.

Ziel der „Deutschen Tageszeitung“ bei der Wiedergabe einiger Ergebnisse dieser statistischen Arbeit ist offenbar, eine neue zwangsweise Zinssenkung zu begründen. Wir lesen in der „Deutschen Tageszeitung“: „Bei den Betrieben über 100 Hektar ist in keinem einzigen Falle im Durchschnitt der Betriebe ein Reinertrag erzielt worden, der der Höhe der Schuldzinsen entspricht.“

Das statistische Material scheint also gut dazu geeignet, eine weitere Zinssenkung als notwendig zu erweisen! Der flüchtige Leser denkt, kein einziger Betrieb über 100 Hektar habe einen Reinertrag erzielt. Er fragt sich nicht, was das eigentlich heißen soll: „in keinem einzigen Falle im Durchschnitt der Betriebe“ sei ein Reinertrag erzielt worden. — Man sieht doch bei Durchschnittsberechnungen gerade vom einzelnen Fall ab! Was ist hier los?

Der Schwindel, den die „Deutsche Tageszeitung“ treibt, wird offenbar, wenn man kurz danach die folgende Statistik liest:

Prozentzahl der Betriebe, die ihre Zinsen aus dem Reinertrag bezahlen konnten:

	unter 100 ha	über 100 ha
Ostpommern	44,9	14,5
Mittelpommern	52,6	18,0
Westpommern	57,1	27,1
Durchschnitt	51,0	17,9

Also: Fast ein Sechstel der Betriebe über 100 Hektar hat aus dem Reinertrag seine Zinsen bezahlt! Das ist mehr als „kein einziger Fall“! — Außerdem zeigt die Statistik klar die Ueberlegenheit der Kleinbetriebe: Von den Betrieben unter 100 Hektar hat mehr als die Hälfte die Zinsen aus dem Reinertrag bezahlen können.

Nach Wiedergabe dieser Tabelle schreibt die „Deutsche Tageszeitung“: „Damit wird klargelegt, daß der Zinsendienst auch unter den allgünstigsten Verhältnissen für die Mehrzahl der Betriebe trotz der vorgenommenen Zinssenkungen immer noch zu hoch ist, als daß der erzielte Reinertrag zur Zahlung der Zinsen ausreichen könnte.“

Der Leser, der nicht sehr aufpaßt — zum Beispiel weil er sich noch nicht klar gemacht hat, was für eine Art Zeitung er vor sich hat, denkt: Die Zinssenkung im Dezember, bei der zum Beispiel der Zinsfuß für Hypotheken von 8 auf 6 Prozent zwangsweise herabgesetzt wurde, sei noch nicht ausreichend gewesen, um mehr Großbetrieben die Bezahlung der Zinsen aus dem Reinertrag zu ermöglichen als jenem Sechstel. Dieser von der „Deutschen Tageszeitung“ suggerierte Schluß geht völlig daneben; denn die statistische Arbeit der Landwirtschaftskammer für Pommern schließt ab mit dem Ende des Wirtschaftsjahres 1930/31, also mit dem 30. Juni 1931. Wie sollte da also die im Dezember 1931 ver-

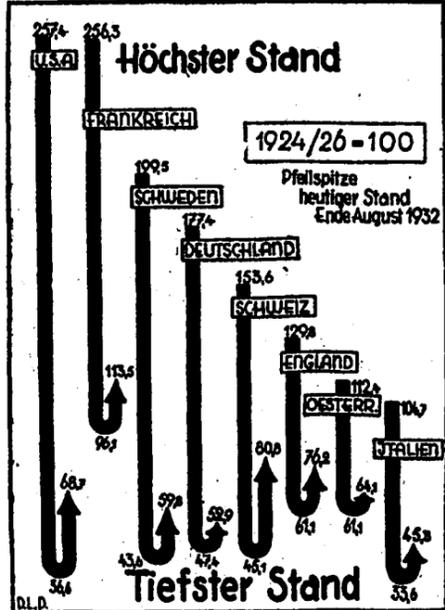
ordnete Zinssenkung überhaupt eine Wirkung auf das Betriebsergebnis gehabt haben?

Der Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ steht an der Spitze ihrer Wirtschaftsbeilage in Nr. 200. Wir fanden

auf 65 Druckzeilen 2 grobe Irreführungen des Lesers.

Daß die „Deutsche Tageszeitung“ solche Manöver für nötig hält, zeigt wohl deutlich, daß ihre Redakteure zur Verteidigung des Großgrundbesitzes keine besseren Waffen haben. Das liegt aber nicht an der mangelnden Intelligenz dieser Redakteure; sondern: es gibt in der Tat keine!

Die Entwicklung der Aktienkurse



Silberstreifen am Wirtschaftshorizont?

Die Continental Gummi-Werke A.-G., Hannover, wollen die Arbeitszeit verkürzen und Neueinstellungen vornehmen. Die Verwaltung hofft, nach und nach 500 bis 1000 Arbeiter wieder einzustellen.

In Hamburg sind neuerdings eine Reihe aufgelegter Schiffe wieder in Dienst gestellt worden. Am Freitag allein wurden fünf Hamburger und je ein Bremer und Danziger Dampfer, die teilweise während einiger Monate aufgelegen hatten, wieder in Fahrt gesetzt.